

Das Wunschbild der EU

Betrachtungen anlässlich des »EU-Indonesientages 2006«

Tsunami-Katastrophe, Aceh-Konflikt, Terroranschläge auf Bali, Karikaturenstreit: Das waren die Schlagworte, unter denen in den letzten Jahren in Europa über Indonesien berichtet wurde. Doch wie sieht die EU Indonesien?

Manuel Schmitz

In den europäischen Medien erscheint der Inselstaat auch fast zehn Jahre nach der so genannten »Asienkrise« als ein Land in Schwierigkeiten, heute zwar demokratisch regiert, aber doch gebeutelt von Naturkatastrophen und ethnischen Spannungen. In der öffentlichen Wahrnehmung ist das Bild des asiatischen Tigers also schon lange dem eines gestürzten Riesen gewichen. Aber wie steht es um die offiziellen Beziehungen zwischen Brüssel und Jakarta? Wie sieht die Europäische Union Indonesien, als Problemfall oder als Partner?

Um diese Fragen zu beantworten, soll im Folgenden ein Blick auf den »EU Indonesia Day« geworfen werden, der am 7. Dezember 2006 in Brüssel stattfand. Unter dem Motto »Pluralismus und Demokratie. Indonesische Perspektiven« diskutierten Redner aus Politik und Wissenschaft aktuelle Entwicklungen in Indonesien und ihre Auswirkungen auf die europäisch-indonesischen Beziehungen. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Europäischen Kommission, die eine ganze Reihe indonesischer Politiker und Experten eingeladen hatte, um zusammen mit europäischen Wissenschaftlern über die Themen »Religion und Politik«, »Demokratie und Konfliktlösung« und »Indonesien im neuen Ostasien« zu debattieren.

Dass die Europäische Union eine solch große Veranstaltung mit circa 150 Teilnehmern überhaupt organisiert, zeigt bereits das beträchtliche Interesse Europas an dem südostasiatischen Staat. Nicht umsonst nahm sich EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner, innerhalb des europäischen Institutionengefüges ein Schwergewicht, zwei Stunden Zeit, um gemeinsam mit Din Syamsuddin, dem Vorsitzenden Indonesiens größter Organisation gemäßigter Muslime Muhammadiyah, die Veranstaltung zu eröffnen. Auffällig war jedoch, dass kein Vertreter des Europäischen Parlaments den Weg in das Gebäude der Eu-

ropäischen Kommission fand. Dafür waren auf dem Podium und im Plenum eine Vielzahl europäischer und indonesischer Nicht-Regierungsorganisation (NGO) vertreten, deren Einladung seitens der Kommission zeigt, dass man von offizieller Seite offenbar bemüht ist, die viel beschworene Zivilgesellschaft in den europäisch-asiatischen Dialog einzubeziehen.

Wirtschaftsfragen spielen zurzeit keine Rolle

Wenn die Themenwahl etwas über die Prioritäten der Europäischen Union im Umgang mit Jakarta verrät, dann, dass Wirtschaftsfragen zurzeit keine große Rolle spielen. Wichtiger scheint da schon die Frage zu sein, welche Rolle der größten muslimischen Nation der Welt im befürchteten »Kampf der Kulturen« zukommt. In ihrer Eröffnungsrede betonte Ferrero-Waldner, die EU glaube nicht an einen solchen Konflikt, sehe aber sehr wohl die Gefahren, die aus beiderseitiger Ignoranz und Unverständnis erwachsen können. Die durch islamkritische Karikaturen ausgelösten diplomatischen Verwicklungen des letzten Jahres – unter anderem hatte Dänemark seinen Botschafter in Jakarta kurz abgezogen – waren hier hoffentlich eine Warnung (siehe südostasien, Nr. 2/2006). Die Entwicklungen im Verhältnis zwischen Religion und Politik in Indonesien werden in Brüssel jedenfalls aufmerksam verfolgt. Dabei hoffen die Europäer, dass sich das südostasiatische Land zu einem Beispiel für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie für die gesamte muslimische Welt entwickelt.

Eine weitere Hoffnung der Europäer ist, dass die Demokratisierung Indonesiens die Lösung schwelender Regionalkonflikte im Vielvölkerstaat erleichtert. Gerne verweist Brüssel hier auf die Beendigung des Aceh-Konfliktes, an der die Europäer maßgeblich beteiligt waren. Nach Jahrzehnten der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Separatisten und Regierung hatten beide Konfliktparteien im August 2005, nach Vermittlung durch eine europäische NGO, ein Friedensabkommen unterzeichnet. Die Implementierung des Abkommens wurde von einer

Der Autor ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Südostasien. Er lebt und arbeitet in Brüssel.

EU-Mission, der »Aceh Monitoring Mission« überwacht, die mit den lokalen Wahlen im Dezember 2006 endete.

Die EU, ein »global player«

Dabei demonstriert der Fall Aceh für die Europäer nicht nur, dass durch demokratische Prozesse separatistische Bewegungen eingebunden werden können, dass Demokratie also Frieden schafft. Das Engagement in Aceh steht auch für den Anspruch der EU, ein »global player« zu sein, der eigenständig nicht-militärische Friedensmissionen durchführen kann. In Aceh konnte die Europäische Union beweisen, dass die so oft proklamierte gemeinsame Sicherheitspolitik der Europäer Gestalt annimmt. So stand hinter dem Aceh-Einsatz der EU wohl weniger die Motivation, die europäisch-indonesischen Beziehungen zu verbessern, denn der Wunsch, sich international als sicherheitspolitischer Akteur zu profilieren. Im Fall Aceh kam den Europäern dabei zugute, dass die indonesische Regierung nach dem Abfall Osttimors UN-Missionen auf indonesischem Boden skeptisch gegenüber steht und der EU als »ehrlichem Makler« mehr Vertrauen entgegenbrachte.

In Brüssel sieht man Aceh jedenfalls als Erfolg, und so wurde im zweiten Panel des EU-Indonesientages danach gefragt, ob das »Erfolgsmodell Aceh«, also friedliche Konfliktbeilegung durch Partizipationsangebote mit Hilfe der EU, nicht auch andernorts angewendet werden könne, wie zum Beispiel in Papua? Insbesondere die zahlreichen Vertreter der NGO wiesen hier jedoch auf die vielfältigen Probleme hin, die nicht nur in Aceh weiterhin bestehen, sondern auch den indonesischen Demokratisierungsprozess allgemein belasten. Vor diesem Hintergrund wurde vor zu hohen Erwartungen bezüglich einer schnellen Lösung der Papuafrage gewarnt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die europäische Tsunami-Hilfe an diesem Tag nicht thematisiert wurde. Die Europäische Kommission hatte sich nach der verheerenden Flutkatastrophe vom Dezember 2004 verpflichtet, über 200 Millionen Euro

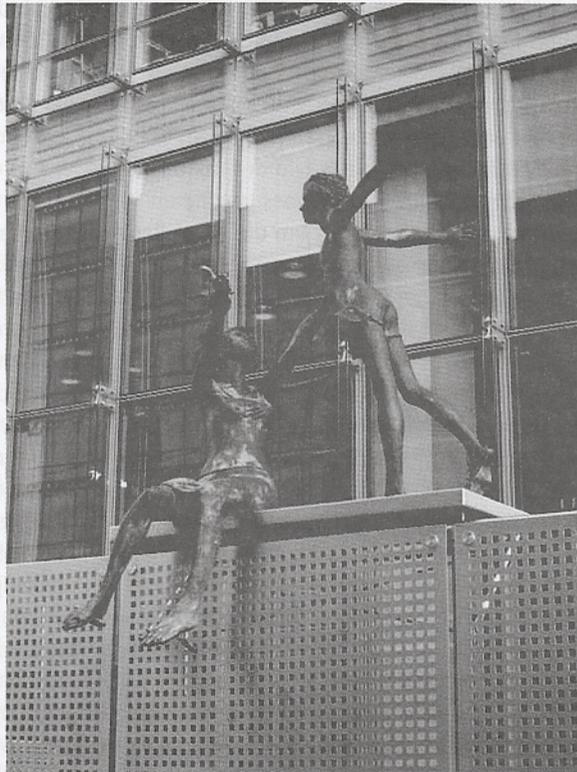
für den Wiederaufbau in Aceh und Nias zur Verfügung zu stellen, zusätzlich zu 53 Millionen Euro an Soforthilfe. Ein wenig Eigenlob seitens der Kommission wäre hier zu erwarten gewesen.

Stattdessen ging es im letzten Panel des Tages um die Frage, welche Stellung Indonesien im »neuen ostasiatischen Kontext«, in dem die Volksrepublik China und Indien an Macht und Einfluss gewinnen, zukomme. Diese Frage ist für die EU deshalb interessant, da Jakarta in den Beziehungen zwischen der asiatischen und der europäischen Region eine besondere Bedeutung zukommt: Indonesien ist die Führungsmacht innerhalb der ASEAN, und diese ist wiederum Europas wichtigster Partner innerhalb des interregionalen Dialogs. Ob beim informellen europäisch-asiatischen Dialogforum ASEM oder beim »ASEAN Regional Forum«, dem multilateralen Gesprächskreis über Sicherheits-

fragen in Asien, immer verläuft die offizielle Kommunikation zwischen EU-Institutionen und asiatischen Regierungen über die ASEAN-Schiene. Solange andere regionale Organisationen in Asien, wie die »South Asian Association for Regional Cooperation« und die »Shanghai Cooperation Organisation« mit Indien beziehungsweise China als Mitglied, noch in den Kinderschuhen stecken, wird die EU auf die ASEAN und damit auf Indonesien als Vermittler zwischen den Regionen angewiesen bleiben. Ob gerade Jakarta, bekannt für seine kritische Haltung gegenüber Peking, dieser Erwartung gerecht werden kann, bleibt abzuwarten. Langfristig hofft man in Indonesien je-

denfalls darauf, dass sich mit den guten politischen Beziehungen zur Europäischen Union auch die Wirtschaftsbeziehungen wieder verbessern.

Was die Hoffnungen der Europäer betrifft, so wurden diese auf dem EU-Indonesientag jedenfalls deutlich: Demokratisch regiert soll Indonesien sein, nach innen religiöser Toleranz und friedlicher Konfliktbeilegung verpflichtet, nach außen ein verlässlicher Partner im europäisch-asiatischen Dialog. Was aber, wenn Indonesien diesem Wunschbild heute oder in Zukunft nicht entspricht? Dann steht die Außenpolitik der EU vor schwierigen Entscheidungen.



Ist die Plastik vor dem EU-Generaldirektorat Programm?

Foto: M. Schmitz